

Medienmitteilung

Thema	Mitspracherecht bei geologischer Tiefenlagerung radioaktiver Abfälle
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Nationalrat, Tel +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	13. September 2012

Grünliberale bedauern Ablehnung des Mitspracherechts der Kantone bei geologischer Tiefenlagerung radioaktiver Abfälle

Die Grünliberalen finden es demokratiepolitisch falsch und für die weitere Standortsuche unverantwortlich, dass sich der Nationalrat gegen eine Erneuerung des Mitspracherechts der Kantone bei der geologischen Tiefenlagerung radioaktiver Abfälle ausgesprochen hat.

Bei der Frage der Tiefenlagerung gibt es nach wie vor mehr Fragen als Antworten. Die primären Risiken der Endlagerung sind die geologischen Risiken und die Suche nach dem geeigneten Wirtsgestein. Dabei die notwendige technische Sicherheit für über 100'000 Jahre zu garantieren, ist heute nach wie vor ein Ding der Unmöglichkeit. Auch die exogenen Risiken, wie beispielsweise das steigende Risiko von Kleinstbeben und die damit verbundenen Risse im veränderten angebohrten Wirtsgestein, stellen ein Problem dar. Das wissen wir nicht zuletzt vom Bau des Gotthardtunnels oder von Geothermiebohrungen.

Niemand weiss, wo die Gesellschaft in 100'000 Jahren steht. Und es gibt heute offensichtlich mehr Fragen als Antworten und eigentlich möchte niemand ein solches Lager vor seiner Haustüre. Wer aber Kernkraft betreibt, muss auch ein Endlager sichern. Nach dem Ausstiegsentscheid haben wir eine Begrenzung der Materialmenge, wodurch eine mehrheitsfähige Lösung realistischer scheint als auch schon. Die Grünliberalen sind aber überzeugt, dass es nie möglich sein wird, ein Lager gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung durchzusetzen. Deshalb wäre eine Annahme der parlamentarischen Initiativen sowohl aus demokratiepolitischen wie auch aus realpolitischen Gründen angezeigt gewesen.